



Europäische Wirtschaftsregierung – Ausweg aus der Krise?

In den letzten Wochen ist die Debatte um die „Europäische Wirtschaftsregierung“ erneut in Gang gekommen. Der Vertrag über die Europäische Union (Lissabon-Vertrag) legt als Ziele der EU fest: ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt. Die Einrichtung einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ ist eine alte Forderung des Deutschen wie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Damit ist folgendes gemeint: Das Ziel der Vollbeschäftigung kann die EU nur erreichen, wenn die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik europaweit absprechen und sich nicht mit Steuerdumping gegenseitig Konkurrenz machen.

Der seinerzeitige Präsident der EU-Kommission, Jacques Delors, hat sich schon in den frühen neunziger Jahren für eine europäische Wirtschaftsregierung stark gemacht und meinte damit vor allem eine koordinierte europäische Industriepolitik. Er fand viel Unterstützung beim EGB, aber wenig Gegenliebe bei den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Für den Unternehmensberater Roland Berger oder Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gilt: **Ohne Wirtschaftsregierung wird es in Europa nicht mehr gehen.** Die Deutsche Industrie- und Handelskammer fasst ihr Urteil so zusammen: Wirtschaftsunion ja - Wirtschaftsregierung nein. Dabei macht eine wirtschaftliche Union ohne wirtschaftliche Koordinierung keinen Sinn.

Manchmal wird die Wirtschaftsregierung als „trojanisches Pferd“ bezeichnet, um französischen Staatsdirigismus in die deutsche Wirtschaft einzuschleusen, oder als Versuch lächerlich gemacht, eine einheitliche, zentral gesteuerte und verwaltete Wirtschaftspolitik bis in den letzten Winkel des europäischen Kontinents durchzusetzen.

Tatsächlich gibt es Elemente einer Wirtschaftsregierung bereits. Es gibt eine Europäische Zentralbank (EZB) mit der Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik, einen Stabili-

täts- und Wachstumspakt, mit dem die Einhaltung der Haushaltsdisziplin auf europäischer Ebene überwacht wird, es gibt eine gemeinsame Strategie für Wachstum und Beschäftigung (die „Lissabon-Strategie“) und auch der Wettbewerb wird europaweit reguliert.

Die jetzige Krise hat deutlich gemacht, dass diese Art der europäischen Wirtschaftsregierung nicht richtig funktioniert. Es gibt zu viele Verantwortliche und zu wenig Koordination unter ihnen, die Ziele sind nicht verbindlich, die Umsetzung wird nicht wirksam genug überwacht. Es fehlt an der Ausrichtung auf die im Lissabon-Vertrag festgelegten Ziele der EU: Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt.

Unter dem Druck der Krise haben auch Regierungen, für die der Begriff Wirtschaftsregierung eher unanständig ist, einsehen müssen, dass es so nicht weitergeht. Der **Europäische Rat** hat jetzt eine **Arbeitsgruppe** eingesetzt, die **genauere Vorstellungen** für eine europäische Wirtschaftsregierung ausarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe wird vom ständigen Ratspräsidenten, Herman van Rompuy, geleitet. Ihr gehören Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten der EU an, meistens deren Finanzminister, sowie der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker als Vorsitzender der Euro-Gruppe, der Vorsitzende der Europäischen Zentralbank, Trichet, und der für Währung und Finanzen zuständige EU-Kommissar Oli Rehn.

Van Rompuy hat bereits bei seinem Amtsantritt deutlich gemacht, dass er mehr Verbindlichkeit in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik will. Die Gruppe hat sich bisher zweimal getroffen und auf folgende Ziele verständigt:

1. Größere Koordinierung bei der Haushaltsaufstellung.

Jedes Jahr im Frühjahr sollen die Haushaltspläne der Mitgliedstaaten im Kreis der EU-Finanzminister besprochen werden. Der Vorschlag hat sofort Befürchtungen ausgelöst, damit würde das Budgetrecht der nationalen Parlamente unterhöhlt. Van Rompuy betont, die Finanzminister würden nicht über einzelne Haushaltsposten reden, sondern nur über die großen Linien bei der Haushaltsaufstellung, wie etwa die dem Haushalt zugrundeliegenden



Annahmen über Wirtschaftswachstum und Inflation, Einnahmen und Ausgaben und Haushaltsdefizite.

Auch der Haushaltsdisziplin soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es soll nicht nur, wie in der Vergangenheit, darauf geachtet werden, dass das Haushaltsdefizit nicht höher als 3% ist (in der Krise ist diese Regel de facto außer Kraft gesetzt worden), sondern auch darauf, dass die Staatsverschuldung auf maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eines Staates beschränkt wird. Sanktionen sollen früher greifen, schon dann, wenn absehbar ist, dass der Haushalt von Mitgliedstaaten in eine Schieflage geraten könnte und nicht erst dann, wenn es so weit ist.

2. Gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone und in der gesamten EU.

Die Arbeitsgruppe glaubt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der EU aus dem Lot geraten ist. Lohnmäßigung und Produktivitätserhöhungen in einigen Mitgliedstaaten stehen dem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und der Anhäufung von Zahlungsbilanzdefiziten in anderen Mitgliedstaaten gegenüber. Damit sei die ganze Eurozone in die Schieflage gekommen. In Zukunft müsse für eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung unter den Mitgliedstaaten Sorge getragen werden. Allzu große Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten sollen verhindert werden. Die Europäische Kommission soll Indikatoren entwickeln, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten gemessen und frühzeitig Alarm geschlagen werden kann. Was dann geschehen soll, ist allerdings noch unklar.

3. Wirksame Bekämpfung zukünftiger Krisen und Schaffung eines institutionellen Rahmens für die Wirtschaftsregierung

Auf diese beiden Ziele hat man sich im Grundsatz verständigt. Am bisherigen Krisenmanagement der EU als zu zögerlich und zu wenig koordiniert haben insbesondere van Rompuy und Juncker heftige Kritik geübt. Wie das in Zukunft verhindert werden soll, muss noch geklärt werden.

Wie die „Wirtschaftsregierung“ institutionell abgesichert werden soll, (oder, auf gut Deutsch: wer in Zukunft was macht und wie man sicherstellt, dass sich alles in die richtige Richtung bewegt) ist immerhin schon in Umrisen erkennbar. Finanz- und Wirtschaftsministern wird bei der Koordinierung eine Schlüsselrolle zukommen, aber die Staats- und Regierungschefs sollen ebenfalls in die Pflicht genommen werden. Bei ihren Tagungen sollen sie in Zukunft ganz konkret den Fortschritt bei besonders wichtigen Themen wie Forschungspolitik oder Energiepolitik diskutieren und, wo nötig, Maßnahmen beschließen. Darauf haben sich auch der französische Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel am 14.6. verständigt.

Wie geht's weiter? Van Rompuy will dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs vom 17.6. einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten präsentieren. Dann werden voraussichtlich erste Beschlüsse gefasst.

Wo liegt der Pferdefuß? Van Rompuy betont immer wieder, bisher habe man die Wirtschaftsentwicklung der Mitgliedstaaten aus einer viel zu engen Perspektive betrachtet und sich einseitig auf die Obergrenze von 3% für das Haushaltsdefizit fixiert. Wirtschaftsregierung bedeute für ihn, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten in den Blick zu nehmen. Soweit, so gut. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dem Ziel der Vollbeschäftigung und dem sozialen Fortschritt diene.

Auch ist in den bisherigen Planspielen zur Wirtschaftsregierung nicht klar, wie das Europäische Parlament, immerhin die Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger, einbezogen wird.

Mehr Informationen zum Thema

- Christophe Strassel: Eine Wirtschaftsregierung für Europa: Französische Utopie oder europäische Notwendigkeit? Frankreich-Analyse. Referat Westliche Industrieländer. Friedrich-Ebert-Stiftung Januar 2009. Download:
- <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/06060.pdf>



- Klaus Busch: Europäische Wirtschaftsregierung und Koordinierung der Lohnpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung März 2010. Download: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07108.pdf>
- Gustav Horn, Silke Tober, Till van Treeck, Achim Truger: Euroraum vor der Zerreißprobe? IMK Report Nr. 48, April 2010. Download: <http://www.boeckler.de/31923.html>

Sonderausschuss des Europäischen Parlaments (EP): öffentliche Investitionen leisten einen Beitrag zur Überwindung der Krise

Der Sonderausschuss des EP zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise zieht aus seinen bisherigen Arbeiten den Schluss, dass Märkte offensichtlich unfähig sind, Risiken zu bewerten und jede zukünftige Regulierung der Finanzmärkte dem Rechnung tragen muss. Er sieht die Errichtung einer eigenen europäischen „Rating-Agentur“ als sehr wichtig an.

Der Ausschuss hat eine Reihe von Arbeitsdokumenten verabschiedet. Arbeitsdokument Nr. 4 über den Beitrag der Kohäsionspolitik zum Konjunkturaufschwung fordert öffentliche Investitionen in Innovationen, Forschung, Bildung, Energieeffizienz und neue Technologien als Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Schaffung von langfristigem und nachhaltigem Wachstum.

Arbeitsdokument Nr. 7 über die globale Wirtschaftsführung spricht sich für eine engere Koordinierung der Steuerpolitik im Rahmen der G 20 aus,

Arbeitsdokument Nr. 8 über wirtschaftliche Ausstiegsstrategien empfiehlt, auch weiterhin steuerliche Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Klein- und Mittelunternehmen anzubieten.

Der Ausschuss hat einen Entwurf seines Berichts über die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Krise vorgestellt. Den vielfältigen Stimmen, Europa müsse jetzt den Ausstieg aus Programmen staatlicher Krisenbewältigung einleiten hält die Autorin des Be-

richts, die französische Sozialistin Pervenche Bérès entgegen, es gehe um etwas ganz anderes, nämlich um den Einstieg in eine neue Ära europäischer Industriepolitik und um die Bekämpfung steuerlichen Dumpings unter den Mitgliedstaaten. Der Ausschuss stimmt am 13.7. über den Bericht ab.

Weitere Informationen: <http://www.europarl.europa.eu>

Silberstreifen am Horizont? Leider nicht für den Arbeitsmarkt in Europa

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) vermeldet die ersten Silberstreifen am Horizont. Nach den Erhebungen von Eurostat sind die Auftragseingänge in der Industrie der Eurozone im März 2010, im Vergleich zum Vormonat, um 5.2 % gestiegen, in der gesamten Europäischen Union (EU 27) sogar um 5.9%. Noch deutlicher fällt der Vergleich mit dem Vorjahr aus: 19.8% mehr Auftragseingänge für die Industrie der Eurozone im März 2010 verglichen mit dem März 2009 (EU 27: 20.8%). Die Industrieproduktion ist in der Eurozone im März 2010 saisonbereinigt um 1.3% gestiegen (EU 27: 1.2%).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kletterte im ersten Quartal 2010 in der Eurozone und in der EU 27 um 0.2% nach oben. In Deutschland und der Tschechischen Republik ist das BIP ebenfalls um 0.2% gestiegen, für Polen lagen keine Zahlen vor.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) gibt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU im April 2010 mit 9.7% (Eurozone: 10.1%) an. Die Zahlen für Deutschland und seine Nachbarstaaten im Osten lauten: Deutschland: 7.1%, Polen: 9.9 %, Tschechische Republik: 7.7%. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen in der Eurozone haben die Niederlande (4.1%) und Österreich (4.9%), die höchste Arbeitslosenquote hat Spanien (19.7%).

Den stärksten Anstieg der Arbeitslosenquote gab es bei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau (unter Sekundarstufe II). In dieser Gruppe lag die Arbeitslosenquote in der EU-27 im



Jahre 2009 bei 12.8% (Deutschland: 16.4%, Polen: 13.9%, Tschechische Republik: 21.8%).

Die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin sehr hoch. In der EU 27 sind 20.6% der unter 25-jährigen arbeitslos, in der Eurozone 20% (Deutschland: 9.5%, Tschechische Republik 21.4%, Polen 23.1%).

Weitere Informationen:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

Europa 2020 – Was wird aus der neuen Strategie?

Die Strategie „Europa 2020“ soll an die Stelle der 2010 auslaufenden Lissabon-Strategie treten. Sie ist in den Augen der Europäischen Kommission das Mittel, Europa aus der Krise und zu neuem, nachhaltigen Wachstum zu führen. Der Wirtschafts- und Finanzministerrat hat die Strategie auf seiner Tagung am 8.6.2010 als die richtige Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung, des Klimawandels und aller möglichen sonstigen Probleme gesehen. Die europäischen Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) haben verhaltener reagiert. Für sie ist die Strategie immer noch nicht zielgerichtet genug. Sie kritisieren den einseitigen Innovationsbegriff der Strategie: zu technisch, die Bedeutung sozialer Innovationen werde zu wenig in Betracht gezogen.

Sehr kritisch haben sich die Fraktionen der Sozialisten und Liberalen im Europäischen Parlament geäußert. Sie fordern verbindliche Ziele, die von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen und kritisieren, dass das EP zu wenig einbezogen wird.

Trilaterale Konferenz zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Dresden

Der DGB Bezirk Sachsen hat am 7.6. 2010 in Dresden mit NSZZ Solidarnosc und CMKOS eine Konferenz zur Arbeitnehmerfreizügigkeit 2011 veranstaltet. Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, der in seinem Grundsatzreferat die Chancen von Arbeitnehmerfreizügigkeit herausstellte, wurde vom Stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Sachsen, Markus Schlimbach, aufgefordert,

die Vorbereitungen auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht länger schleifen zu lassen. Schlimbach sowie Franciszek Kopec, Vorsitzender der NSZZ Solidarnosc, Region Jeleniogórski und Jiri Cingr, Vorsitzender RROS CMKOS Usteckeho kraje forderten die Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses im Dreiländereck, um grenzüberschreitende Probleme zu diskutieren und Lösungen gemeinsam vorzubringen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfe nicht als Startschuss für eine neue Runde im Dumpingwettbewerb missbraucht werden. „Dazu muss Ordnung auf dem deutschen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Mindestlöhne, Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, effektive Kontrollen und hohe Ausbildungsstandards müssen in Deutschland durchgesetzt werden“, forderte Markus Schlimbach.

Im Rahmen der Konferenz wurde ein Positionspapier des DGB Sachsen veröffentlicht – „Faire Mobilität und soziale Sicherheit im Dreiländereck gestalten“, in dem die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften aus dem Dreiländereck zusammengefasst sind. Das Papier gibt es auf Deutsch, Polnisch und Tschechisch. Mehr Informationen:

<http://www.dgb-sachsen.de/>

Veranstaltungen

- **24.6.2010**, 9h30, Berlin, Keithstr.3. Gewerkschaftliches Fachgespräch zum Einsatz der CCS Technologie.

Weitere Informationen: heiko.glawe@dgb.de

- **21.6.2010**, 10.00, Chemnitz, Gewerkschaftshaus: Behindertenpolitische Konferenz des DGB Sachsen
- **21.6.2010**, 17.00, Chemnitz, Gewerkschaftshaus: Bündnisveranstaltung, Arbeit und Zukunft für die Menschen in Sachsen. DGB-Region Südwestsachsen.
- **2.7.2010**, 11.00, Leipzig, Berufsförderungswerk: Öffentliche Veranstaltung mit dem Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske zu den Haushaltskürzungen im Freistaat Sachsen. „Gerecht geht anders“.